

# **Die Teilung der Tschechoslowakei**

## **Zusammenfassende Analyse zehn Jahre danach**

Karel Vodička<sup>1</sup>

### **Zusammenfassung**

Die Teilung der Tschechoslowakei entsprach nicht dem Wunsch der tschechoslowakischen Bevölkerung. Sie war vor allem die Folge der Unterschiede der politischen Kultur, der seit der Staatsgründung 1918 fortbestehenden und ungelösten Staatsprobleme, der Anpassungskrise beim Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft, des neuen Nationalismus nach dem Kollaps des kommunistischen Regimes sowie weiterer Ursachen, die sich gegenseitig bedingten und verstärkten. Die treibende Kraft im Spaltungsprozess waren die Motive und Eigeninteressen der neuen slowakischen Machtelite. Der Zerfall der ČSFR war Verlust für beide Völker und muss den Transformationskosten zugerechnet werden.

### **1. Einleitende Anmerkungen**

Vor zehn Jahren, am 1.1.1993, löste sich die Tschechoslowakei, das „Glückskind des Versailler Vertrages“, auf. Aus ihrer Konkursmasse entstanden zwei selbständige Staaten, die Tschechische und die Slowakische Republik. Die Spaltung der ČSFR war ein Bestandteil des Auflösungsprozesses von föderalen Mehrvölkerstaaten in Mittel- und Osteuropa. Im Gegensatz zu Jugoslawien und der Sowjetunion teilte sich jedoch die Tschechoslowakei friedlich, in dem Sinne, dass es zu keinen Gewalttaten und zu keinem Militäreinsatz kam.

Die „samtene Scheidung“ zeichnete sich indessen durch einige Paradoxien aus. Die erste beruhte darin, dass die treibende Kraft der Teilung des gemeinsamen Staates die Separationstendenzen seines schwächeren und weniger entwickelten Teils waren. Der zweite Widerspruch bestand darin, dass die Anhänger der Spaltung weder in der Slowakei noch in der Tschechischen Republik eine Mehrheit darstellten; die Teilung war das Ergebnis von Spielen der politischen Eliten. Die dritte Paradoxie zeigte sich erst einige Jahre später. Diejenigen Politiker, die sich die meisten Verdienste an der Gründung der selbständigen Slowakei zuschrieben, trugen am meisten zu deren Abschwächung bei; sie verursachten in den ersten fünf Jahren der selbständigen Existenz der Slowakei durch ihre Politik die Probleme, die das Land hinderten, mit den postkommunistischen Nachbarstaaten im Integrationsprozess Schritt zu halten. Und im Gegensatz dazu, diejenigen politischen Kräfte, die auf die Risiken der Spaltung hingewiesen und die Gründung der selbständigen Slowakei abgelehnt hatten, trugen später am meisten dazu bei, dass dieser Staat auf der demokratischen Trajektorie blieb und die internationale Gemeinschaft von seiner Lebensfähigkeit überzeugte.<sup>2</sup>

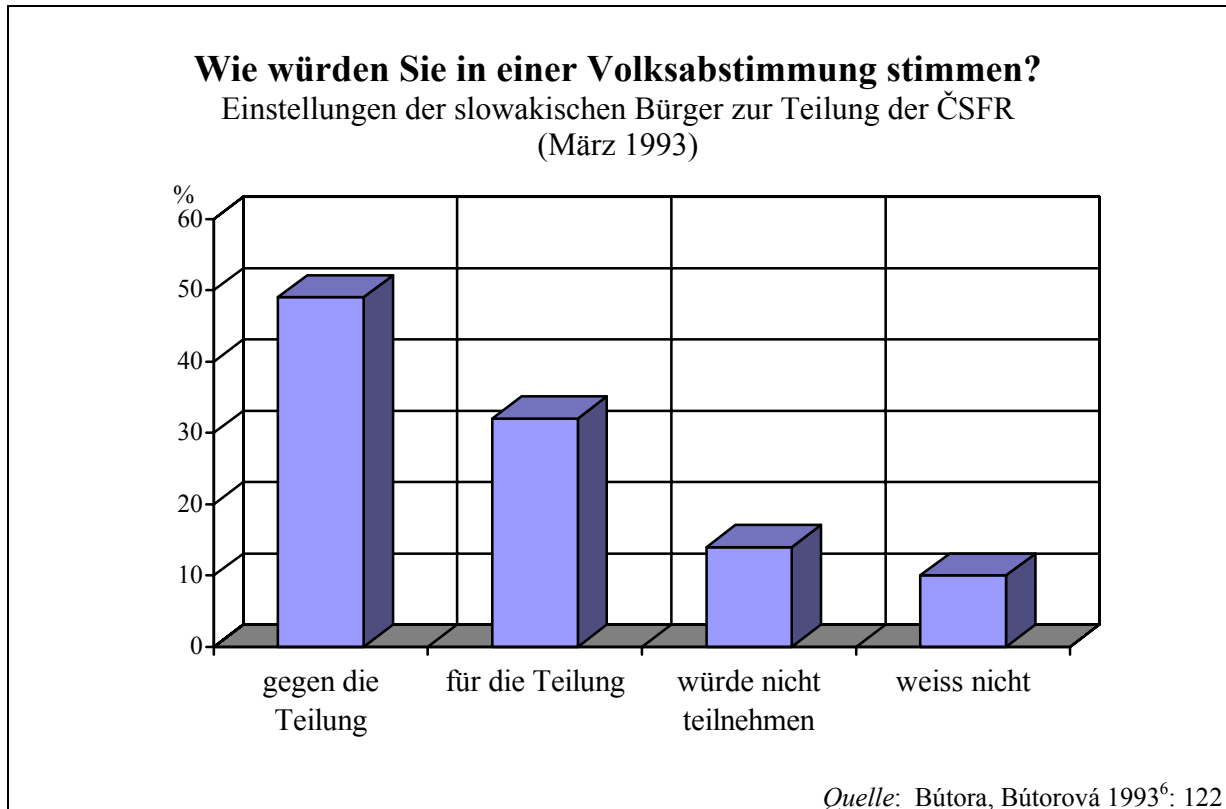
Wie bereits angedeutet, war die Teilung der ČSFR nicht primär die Folge der Emanzipationsbestrebungen und des Patriotismus des slowakischen (und schon gar nicht des tschechischen) Volkes. In Meinungsumfragen sprachen sich die Tschechen und Slowaken in

---

<sup>1</sup> Der Verfasser, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität der Bundeswehr Hamburg und Lehrbeauftragter der Karls-Universität Prag, ist Herausgeber des Buches „Dělení Československa. Deset let poté...“ (Die Teilung der Tschechoslowakei. Zehn Jahre danach...), das im Februar 2003 im Verlag VolvoxGlobator, Prag, erschienen ist.

<sup>2</sup> Mesežnikov Grigorij: Desat' rokov samostatnej SR: od zápasov za demokraciu k prehlbovaniu reforiem. In: Vodička Karel: Dělení Československa. Deset let poté...“, Praha 2003, S. 309 – 316, hier 309.

ihrer Mehrheit nie für die staatliche Unabhängigkeit aus, sondern stets für das Gegenteil.<sup>3</sup> Bezog sich die Frage der Meinungsforschung auf ihre Gefühle bezüglich der Teilung des Staates, äußerten 56% der slowakischen Bürger Befürchtungen, 40% Angst und lediglich 33% der slowakischen Befragten gaben an, das Gefühl einer gewonnenen Freiheit zu empfinden.<sup>4</sup> Auch bei den Tschechen überwogen die negativen Gefühle: 56% äußerten Bedenken, 45 Prozent Trauer und 43 Prozent Bedauern.<sup>5</sup>



Die Demontage der ČSFR wurde folglich gegen den Willen der tschechischen und slowakischen Bürger verwirklicht (Graphik). Insbesondere die Slowaken wie auch die Tschechen aus der Region entlang der gemeinsamen Grenze gehörten zu den entschiedenen Befürwortern des Fortbestandes der Tschechoslowakei. Sie befürchteten nicht nur negative wirtschaftliche Folgen, was auch beim Großteil der restlichen Bevölkerung der Fall war, sondern sie hegten die gerechtfertigte Befürchtung, dass die Staatsteilung und das Entstehen einer neuen Grenze zu einem Abbruch sozialer und familiärer Kontakte führen würde. Die glühendsten Vertreter eines gemeinsamen Staates waren jedoch die slowakischen Bürger ungarischer Volkszugehörigkeit, da sie davon ausgingen, dass ihre Minderheitenrechte im Rahmen der Tschechoslowakei besser geschützt wären, als sie dies im Rahmen einer unabhängigen Slowakei sein könnte. Die Entwicklung in den Neunziger Jahren unter den Regierungen Vladimír Mečiar gab ihnen in vielem Recht. Es entstand eine Reihe ethnischer

<sup>3</sup> Kipke Rüdiger: Nejnovější politický vývoj v Československu v zrcadle veřejného mínění. In: Kipke Rüdiger, Vodička Karel (Hrsg.): Rozloučení s Československem, Český spisovatel, Praha 1993, S. 41 – 56.

<sup>4</sup> Sociologické aktuality 10/1992, S 6.

<sup>5</sup> Lidové noviny, 25.3.1993

<sup>6</sup> Bútorá Martin, Bútorová Zora: Nezneseitelná ľahkosť rozhodú. In: Kipke, Rüdiger, Vodička, Karel (Hrsg.): Rozloučení s Československem, Český spisovatel, Praha, S. 119 – 150.

Konflikte zwischen der slowakischen Regierungskoalition, die den slowakischen Nationalismus zur Stärkung ihrer Macht instrumentalisierte, und den Ungarn in der Slowakei, die ihre Minderheitenrechte verteidigten.<sup>7</sup>

## 2. Hauptursachen der Teilung

### *Historische Ursachen*

Der tschechoslowakische Staat wurde auf der politischen Fiktion der Existenz einer „tschechoslowakischen Nation“ aufgebaut. Dieser ideologischen Konstruktion stand jedoch ein tief verwurzelter und sehr realer tschecho-slowakischer Dualismus gegenüber, mit einer kulturellen, religiösen, politischen und wirtschaftlichen Dimension, den zu überwinden in 74 Jahren gemeinsamen Staates nicht gelungen war, und der – gleichzeitig – von der tschechoslowakischen Politik nie angemessen berücksichtigt worden war. Dieser Dualismus wurzelte in einer über ein Jahrtausend unterschiedlichen historischen Entwicklung der beiden Nationen in zwei getrennten staatlichen Einheiten vor dem Entstehen der Tschechoslowakei. Der gemeinsame Staat der Tschechen und Slowaken wurde nicht zu einem Raum, in dem es zu einer Annäherung der Wertesysteme und Motive der beiden nationalen Gesellschaften und ihrer Eliten gekommen wäre, des öfteren war eher der Gegenteil der Fall.<sup>8</sup>

Die Staatsordnung der Tschechoslowakei spiegelte die Existenz zweier Völker nicht wieder. Bemühungen um Verfassungsreformen blieben in der Ersten Republik und nach dem Zweiten Weltkrieg infolge der ungünstigen politischen Umstände (Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39, Machtübernahme durch die Kommunisten 1948) erfolglos. Das Verfassungsgesetz über die tschechoslowakische Föderation aus der Zeit des „Prager Frühlings“ 1968 bestand lediglich auf dem Papier; in der politischen Realität der sogenannten „Normalisierung“ der Siebziger Jahre waren alle Entscheidungskompetenzen erneut bei den zentralen Partei- und Staatsorganen in Prag konzentriert.<sup>9</sup> Die Tatsache, dass die Sehnsucht des slowakischen Volkes nach Emanzipation bis zur Revolution 1989 nicht zur Genüge reflektiert und in eine entsprechende tschechisch-slowakische Staatsordnung inkorporiert worden war, trug dazu bei, dass die Slowaken sich nicht in ausreichendem Maße mit der Tschechoslowakei identifizierten. Es entstand kein Gefühl der tschechisch-slowakischen Zusammengehörigkeit, kein tschechoslowakisches Volk in politischem Sinne, das sich entschiedener für die Bewahrung eines gemeinsamen Staates eingesetzt hätte.

### *Unterschiede der tschechischen und der slowakischen politischen Kultur*

Nach dem Entstehen der Tschechoslowakei 1918 konnte man nicht von einer tschechoslowakischen Gesellschaft sprechen, sondern von einer tschechischen Gesellschaft auf der einen und einer slowakischen Gesellschaft auf der anderen Seite und – im Zusammenhang damit – von einer tschechischen und einer slowakischen politischen Kultur innerhalb des tschechoslowakischen Staates. Die Unterschiede der politischen Kultur der Tschechen und Slowaken, die 70 Jahre eines gemeinsamen Staates überdauert hatten, gewannen nach der Wende 1989 immer mehr an Bedeutung. Das kam in den signifikanten

<sup>7</sup> Vodička Karel 2001: Risikofaktoren im Konsolidierungsprozess der Slowakei. In: Europäische Rundschau, 29. Jahrgang, Nummer 4/2001, S. 43 – 52, hier 47.

<sup>8</sup> Přihoda Petr: Sociálně-psychologické aspekty soužití Čechů a Slováků. In: Kipke, Rüdiger, Vodička, Karel (Hrsg.): Rozloučení s Československem, Český spisovatel, Praha, S. 33 – 40.

<sup>9</sup> Vodička, Karel: Zwanzig Jahre tschechoslowakischer Föderalismus. In: Recht in Ost und West, 7/1989, S. 429.

Unterschieden der Einstellungen und Meinungen zu einem pluralistischen politischen System, zu Wirtschaftsreformen und Marktwirtschaft, ebenso wie im unterschiedlichen Wählerverhalten in den beiden Landesteilen zum Ausdruck. Sowohl in der ersten Tschechoslowakischen Republik und nach dem Zweiten Weltkrieg als auch nach der Wende 1989 hatten die slowakischen Bürger wesentlich andere Wahlpräferenzen als die tschechische Bevölkerung.<sup>10</sup>

Im Jahr 1989, vor dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei, war die politische, wirtschaftliche und sozialpsychologische Lage in der Slowakei anders als in der Tschechischen Republik. Die Slowaken passten sich zu einem großen Teil relativ gut an die sozioökonomischen Bedingungen des „realen Sozialismus“ an. Die slowakische Gesellschaft verspürte – im Unterschied zur tschechischen – die vierzig Jahre des „realen Sozialismus“ nicht eindeutig als einen Schritt zurück. Die Slowakische Republik entwickelte sich während der sozialistischen Ära zum Besseren, der Lebensstandard stieg. Die Slowakei war 1989 nicht zu Genüge auf das Hereinbrechen radikaler gesellschaftlicher Veränderungen vorbereitet, sondern lediglich auf eine gewisse Variante der *Perestrojka*.<sup>11</sup> Im Jahr 1992 bewerteten die slowakischen Bürger das kommunistische Regime rückblickend positiver als die Tschechen. In der Slowakischen Republik sah nur eine Minderheit der Befragten in der derzeitigen Ordnung mehr Vorteile als in der vorangegangenen – kommunistischen –, während es in der Tschechischen Republik die Mehrheit war.<sup>12</sup>

Die neuen demokratischen Institutionen trafen in der Slowakei auf weniger Vertrauen als in der Tschechischen Republik.<sup>13</sup> Die Slowaken befürchteten in einem viel größeren Ausmaß als die Tschechen eine aus ethnischem Hass hervorgehende Bedrohung, ein hoher Prozentsatz der slowakischen Bevölkerung empfand Besorgnis vor dem Ausbruch eines Bürgerkrieges infolge der Unfähigkeit der Politiker, das Problem der tschechisch-slowakischen Staatsordnung zu lösen.<sup>14</sup> In der Slowakei waren auch diejenigen Stimmen lauter, die nach einer starken politischen Führungspersönlichkeit riefen. Die slowakischen Bürger waren zudem deutlich unzufriedener mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung nach der Wende,<sup>15</sup> was allerdings ebenfalls dadurch bedingt war, dass die sozioökonomischen Bedingungen in der Slowakei bedrückender waren als in der Tschechischen Teilrepublik.

Von einer fundamentalen Bedeutung war die unterschiedliche Einstellung der Menschen zu Marktwirtschaft und Privatisierung. Die meisten Tschechen vertraten die Meinung, dass die Marktwirtschaft für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung unerlässlich sei, in der Slowakei machten die Befürworter der Marktwirtschaft lediglich ein Drittel aus. Die Tschechen begrüßten die Privatisierung überwiegend, die Slowaken lehnten sie mehrheitlich ab.<sup>16</sup> Diese Einstellungen bestimmten in entscheidender Weise das Wählerverhalten in beiden

<sup>10</sup> Vodička, Karel: Slowakische Republik (Teil II). In: Kipke, Rüdiger, Vodička, Karel: Slowakische Republik. Studien zur politischen Entwicklung, LIT-Verlag, Münster 2000, S. 76.

<sup>11</sup> Bútorá Martin, Bútorová Zora: Neznateľná ľahkosť rozhodu. In: Vodička Karel: Dělení Československa. Deset let poté...“, Praha 2003, S. 69 – 104, hier 74; Krivý Vladimír 1994: Sociálno-politická klima. In: Aktuálne problémy Slovenska, máj 1994. Focus, Bratislava, S. 1.

<sup>12</sup> Bútorová Zora: Postoje občanov k aktuálnym sociálnym problémom. In: Sociologické aktuality 2/1992, S. 5.

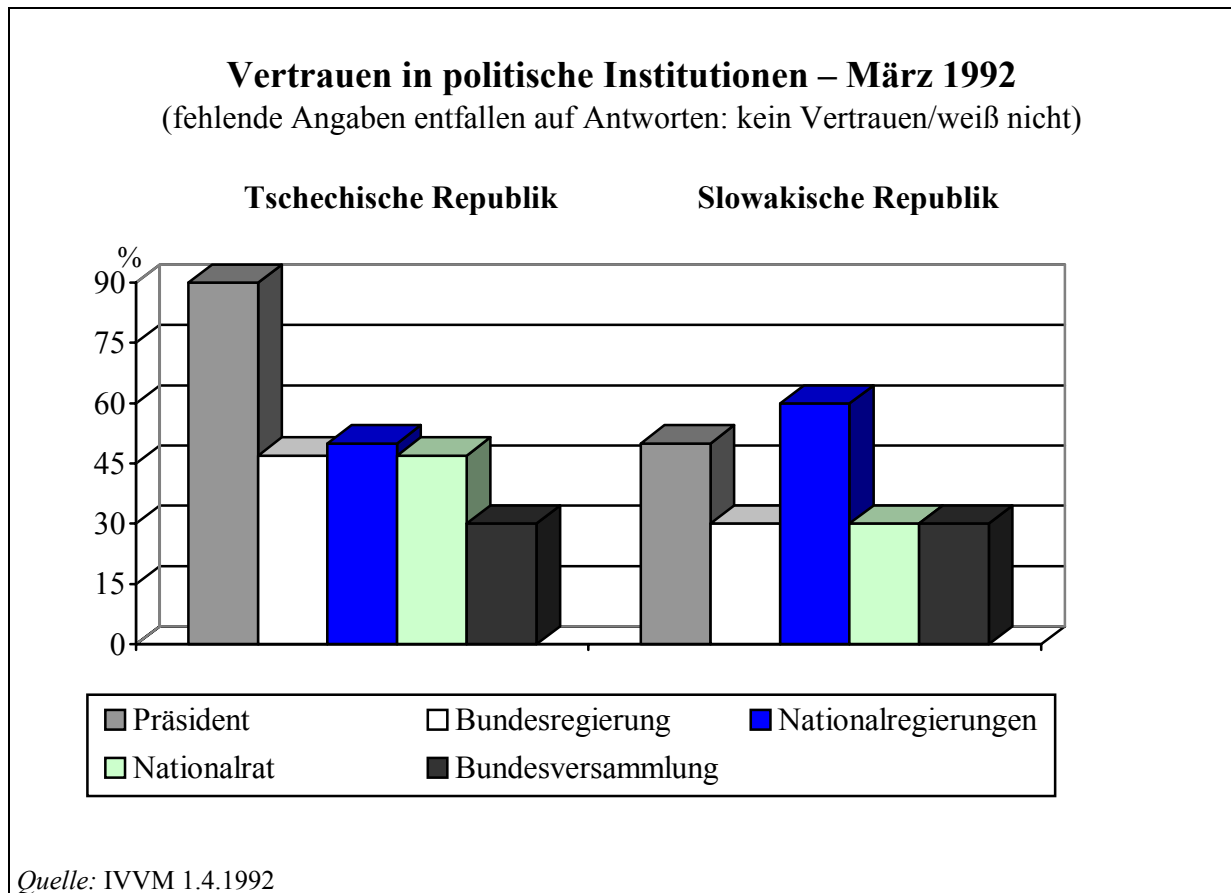
<sup>13</sup> Tomek Ivan: Postoje české veřejnosti k základním ústavním orgánům v letech 1990 a 1991. In: Sociologické aktuality 8/1991, S. 10.

<sup>14</sup> Šanderová Jana: Proč asi většina na Slovensku mlčí? In: Data & Fakta č. 6, leden 1992, S. 4, 6.

<sup>15</sup> Slavíková Jana, Hampl Stanislav: Centrum pro výzkum veřejného mínění Praha, Bericht Nr. 91 – 19 vom 24.9.1991.

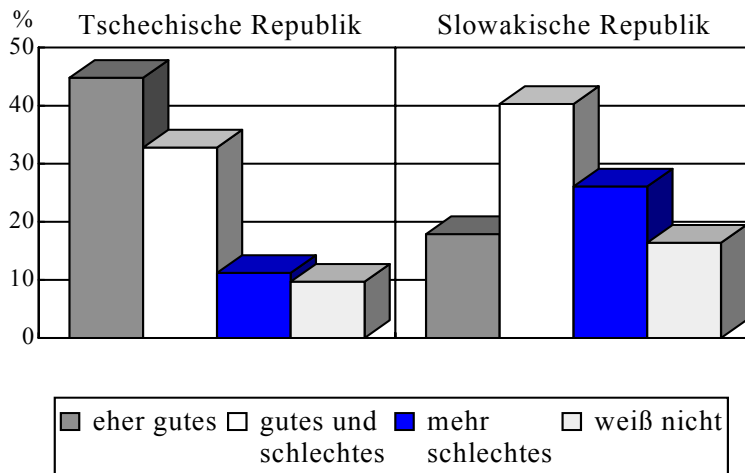
<sup>16</sup> Krivý Vladimír, Radičová Iveta: Atmosféra dovery a atmosféra nedovery? In: Sociologické aktuality 2/1992, S. 12.

Teilen der Tschechoslowakei. Die Tschechen stimmten bei den Parlamentswahlen 1992 zu einem Großteil für die Reformen, die Slowaken dagegen. Dies führte dazu, dass die tschechischen und die slowakischen Spitzenpolitiker, die bei den Parlamentswahlen 1992 gewählt worden waren, diametral unterschiedliche politische und wirtschaftliche Konzepte vertraten. Das Ergebnis der Parlamentswahlen 1992 verlieh dem tschecho-slowakischen Dilemma eine explosive Dynamik, die innerhalb weniger Wochen zur politischen Entscheidung zur Teilung des gemeinsamen Staates führte.<sup>17</sup>



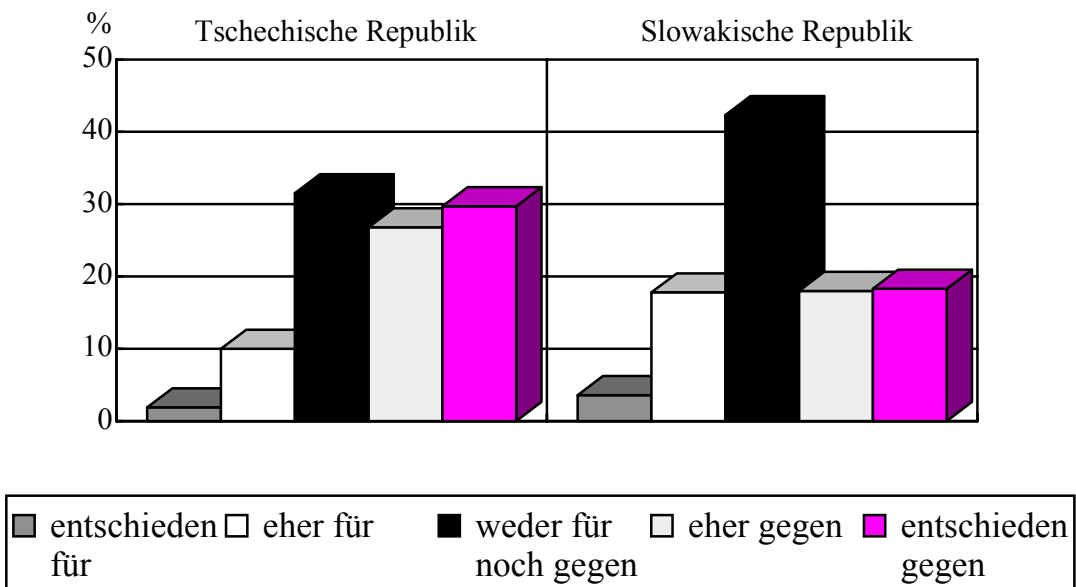
<sup>17</sup> Koalitionsabsprache: Wir teilen den Staat!. In: Kipke Rüdiger, Vodička Karel (Hrsg.), Abschied von der Tschechoslowakei, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1993, S. 77 – 106, hier 79.

### Was bringt die Privatisierung



Quelle: Sociologické aktuality 2/1992: 13

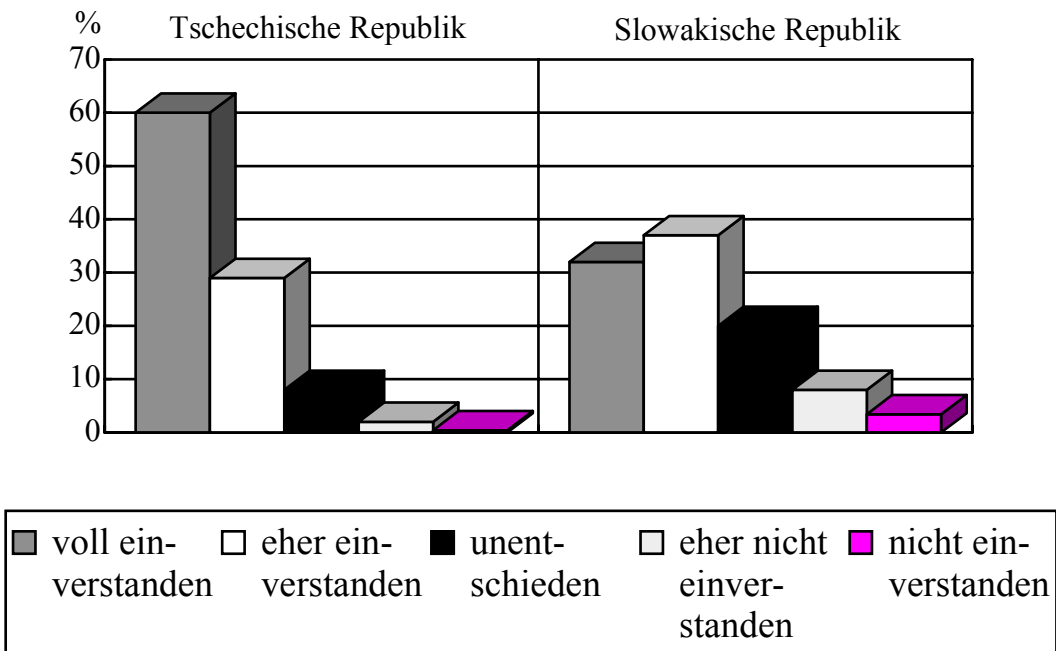
### Unter Berücksichtigung Ihrer Erfahrungen sind Sie für/gegen Sozialismus?



Quelle: Šanderová 1992<sup>18</sup>: 4, 6

<sup>18</sup> Šanderová Jana: Proč asi většina na Slovensku mlčí? In: Data & Fakta č. 6, leden 1992, S. 4, 6

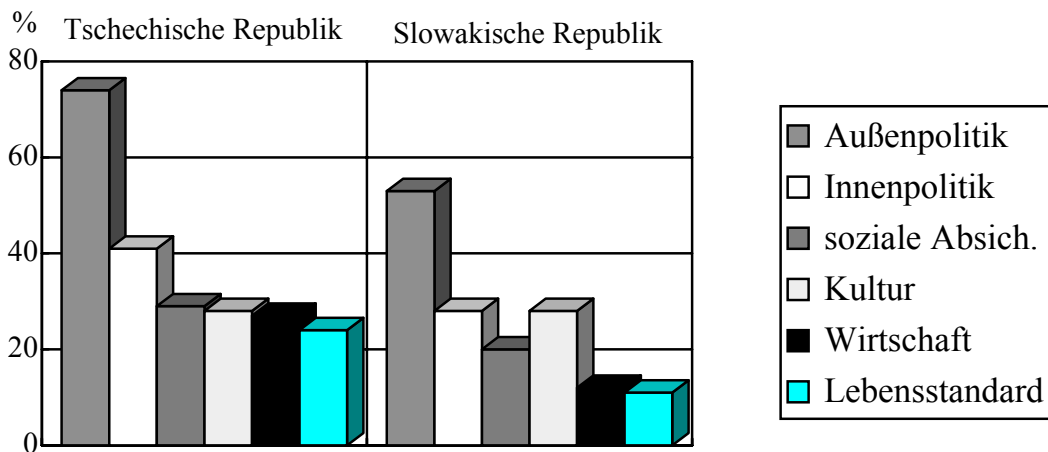
### Die Marktwirtschaft ist für unsere wirtschaftliche Entwicklung von grundlegender Bedeutung



Quelle: Šanderová 1992<sup>19</sup>: 4.

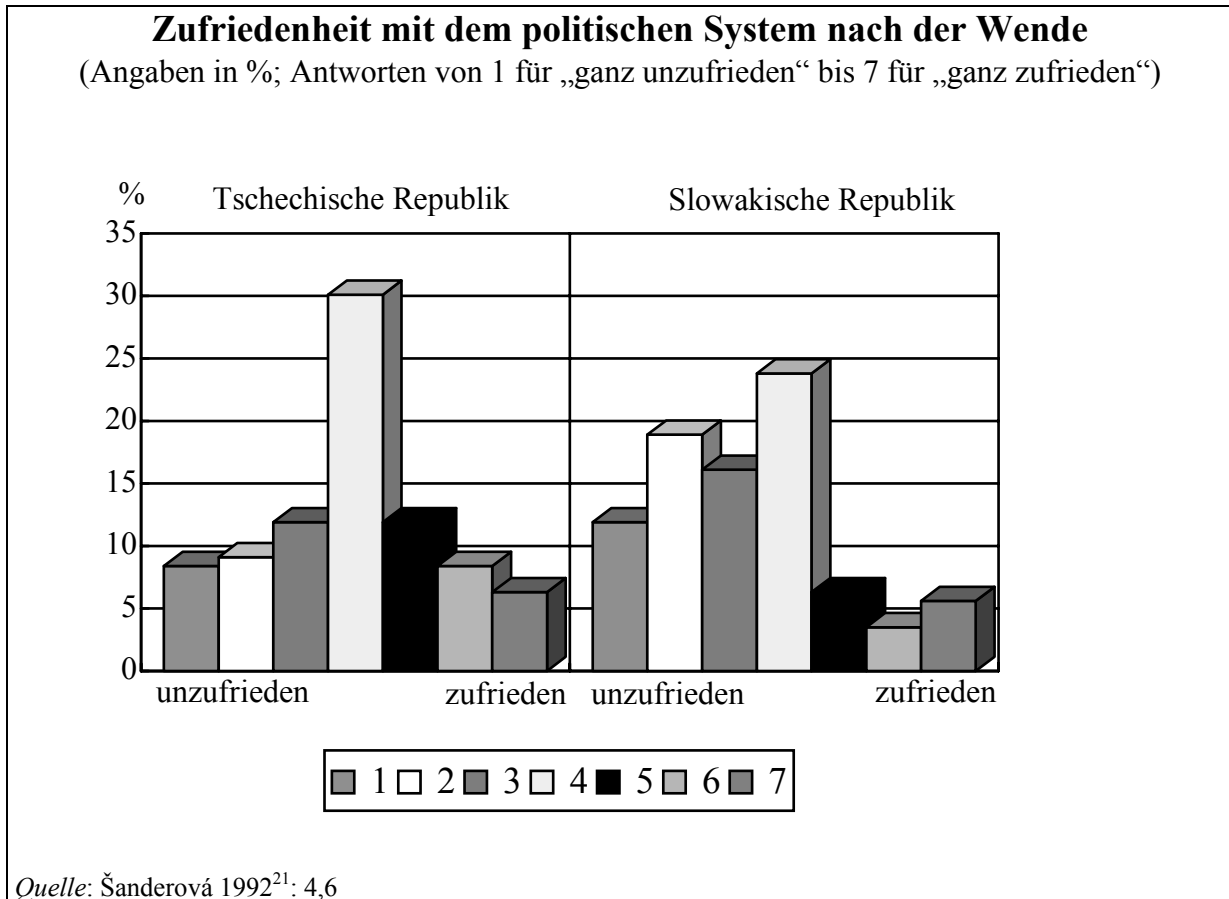
### Zufriedenheit mit der Entwicklung nach der Wende

November 1991; der fehlende Prozentsatz bis 100 %: „unzufrieden“ oder „weiß nicht“



Quelle: Slavíková, Hampl 1991<sup>20</sup>: 1

<sup>19</sup> Šanderová Jana: Proč asi většina na Slovensku mlčí? In: Data & Fakta č. 6, leden 1992, S. 4,6.



### *Die Anpassungskrise beim Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft*

Der Übergang von einer zentral gelenkten Staatswirtschaft zur Marktwirtschaft und von einer Ein-Partei-Diktatur zu einem pluralistischen System wurde notwendigerweise von wirtschaftlichen und sozialen Krisen begleitet. Das kommunistische System erodierte zuvor wirtschaftlich bereits lange Jahre, während es politisch stabil blieb. Es zerfiel erst zu dem Zeitpunkt, als alle Ressourcen verbraucht waren.<sup>22</sup> Der Neubeginn bedeutete dann gezwungenermaßen eine weitere Verschlechterung des Lebensstandards der Bevölkerung und verstärkte weiterhin die sozialen Probleme aus der kommunistischen Ära; dieser Verlauf war in der Slowakei weitaus dramatischer als im tschechischen Teil des Staates. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten führten in der Slowakei zu einer Ablehnung der von Prag aus organisierten marktwirtschaftlichen Reformen.

Ein weiterer Faktor im Spaltungsprozess war die Tatsache, dass sich im Verlauf der Transformation in der Zeit von 1990 bis 1992 zwei vollkommen autonome Parteiensysteme herausbildeten, eines in der Tschechischen und das zweite in der Slowakischen Republik. Zur Abtrennung des slowakischen und des tschechischen Parteiensystems trug das in dieser Hinsicht ungünstig konzipierte Wahlgesetz bei, dass es einer politischen Partei ermöglichte, nicht nur in den Nationalrat der jeweiligen Teilrepublik, sondern auch in die

<sup>20</sup> Slavíková Jana, Hampl Stanislav: Centrum pro výzkum veřejného mínění Praha, Bericht Nr. 91 – 19 vom 24.9.1991.

<sup>21</sup> Šanderová Jana: Proč asi většina na Slovensku mlčí? In: Data & Fakta č. 6, leden 1992, S. 4, 6.

<sup>22</sup> Vodička Karel: Motivationskrise als Auslöser des Systemwechsels in Osteuropa. In: Osteuropa, 46. Jahrgang, Heft 8/1996, S. 808 ff.



Bundesversammlung einzuziehen, wenn sie den erforderlichen Prozentanteil an Wählerstimmen in lediglich einer der beiden Teilrepubliken erlangte.

Die Bürger der Tschechoslowakei – und auch die neu entstehende politische Elite – hatten Anfang der Neunziger Jahre keine Erfahrung mit Demokratie, was sich als Nachteil der weiteren politischen Entwicklung erwies. Demokratie bringt notwendigerweise eine ganze Reihe von Konflikten mit sich, die öffentlich entschieden werden müssen. Die Bürger waren von den andauernden Streitigkeiten und Reibereien der Politiker in verschiedenen Gremien und ihrer Unfähigkeit, einen Konsens bezüglich der staatlichen Neuordnung der Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken zu finden, verdrossen; sie setzten bis zu einem gewissen Grad das tschecho-slowakische Dilemma mit Konflikten schlechthin gleich und wünschten eine rasche Lösung der staatsrechtlichen Frage. Zum Trennungsprozess trugen außerdem die Medien in negativer Weise bei, die nicht tiefer die Ursachen und voraussichtlichen Folgen der Teilung analysierten, sondern die Meinungen der Politiker kritiklos übernahmen und überwiegend die scheinbaren Interessen „ihres“ Volkes verteidigten. Die Medien waren somit mitverantwortlich für die tschechisch-slowakische Polarisierung der öffentlichen Meinung.<sup>23</sup>

Einen weiteren Faktor im Spaltungsprozess stellte die Deformation der politischen Kultur dar, die von der vorangegangenen kommunistischen Indoktrination und der Unterbrechung einer kontinuierlichen historischen Entwicklung in der Ära des Kommunismus begründet war. Die „postkommunistische Panik“, die Ratlosigkeit der Bürger im Bereich der politischen Orientierung nach dem Zerfall autoritärer Strukturen, typisch für postautoritäre Gesellschaften, und die Atomisierung der Gesellschaft riefen eine gesellschaftliche Nachfrage nach einem charismatischen Führer hervor. Dies war der Zeitpunkt für resolute und populistische Politiker, wie Vladimír Mečiar und Václav Klaus, die außerordentlich ungern Kompromisse zuließen. Der neue Nationalismus, der nach dem Fall des Kommunismus durch seine kollektivistisch-ideologische Funktion die kommunistische Doktrin ersetzte, half dieser Entwicklung noch nach.

### *Die Absenz einer effizienten Verfassung*

Die Tschechoslowakei musste nach dem November 1989 bezüglich ihrer Verfassung mit einer komplizierten Situation fertig werden. Eine Föderation aus zwei konstitutiven Einheiten ist aus der Sicht einer Schaffung von Mehrheiten eine sehr ungünstige Variante eines föderativen Staates.<sup>24</sup> Das institutionelle Problem von entscheidender Bedeutung lag darin, dass es nicht gelang, rechtzeitig, d.h. gleich zu Beginn der Neunziger Jahre, eine neue – demokratische und gleichzeitig funktionstüchtige – Verfassung zu verabschieden. Die Verfassung aus der Ära des „Prager Frühlings“, die nach dem Umbruch weiterhin galt, war absolut ungeeignet als Institution, die die Suche nach einem demokratischen Konsens erleichtern soll. In Anbetracht ihrer Bestimmungen zum Majorisierungsverbot, die einem Zehntel der in einer der Republiken gewählten Abgeordneten der Bundesversammlung das absolute Vetorecht einräumte, war in ihr eine Verfassungskrise vorprogrammiert.<sup>25</sup> Die Autoren des Verfassungsgesetzes zur tschechoslowakischen Föderation aus dem Jahre 1968 rechneten nicht damit (und zu dem Zeitpunkt konnten sie damit offensichtlich auch nicht rechnen), dass in der Tschechoslowakei in Zukunft genuine Wahlen abgehalten werden

<sup>23</sup> Stein Eric 2000: Česko-Slovensko. Konflikt, roztržka, rozpad. Akademia, Praha 2000, S. 234.

<sup>24</sup> Cabada Ladislav: Mají multietnické státy šanci přežít? In: Mezinárodní politika, r. 19, č. 4, S. 25-27.

<sup>25</sup> Vodička, Karel 1993: Koaliční ujednání: Rozdělíme stát. Volby '92 a jejich důsledky pro československou státnost. In: Kipke, Rüdiger, Vodička, Karel (Hrsg.): Rozloučení s Československem, Český spisovatel, Praha, S. 83 -115, hier 84.

könnten, in denen Tschechen und Slowaken für entgegen gesetzte politische Orientierungen und unterschiedliche Modelle der tschechisch-slowakischen Staatsordnung stimmen würden. Angesichts der Verfassungsbestimmungen zum Majorisierungsverbot war es im Parlament stets erforderlich, eine tschechisch-slowakische Koalition zu bilden, was ein Umstand war, an dem die Tschechoslowakei nach den Wahlen von 1992 zerbrach.<sup>26</sup>

### *Die Interessen der neuen slowakischen Elite*

Die tschechische und die slowakische politische Elite tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, dass bis zu den Wahlen von 1992 kein Konsens bezüglich der Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse der beiden Nationen erreicht worden war und dass die Gelegenheit zur Schaffung adäquater Verfassungsmechanismen, die das Weiterbestehen eines gemeinsamen Staates ermöglicht hätten, nicht genutzt wurde. Eine aktive, treibende Kraft der Teilung waren jedoch slowakische Politiker, die die Parlamentswahlen 1992 in der slowakischen Teilrepublik gewonnen hatten. Es war die Führung der Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) unter ihrem Vorsitzenden Vladimír Mečiar, die die Wiederwahl der einzigen starken integrativen Persönlichkeit der Föderation, Václav Havel, zum Staatspräsidenten verhinderte. Die HZDS initiierte im slowakischen Nationalrat die „Souveränitätserklärung“ und die Verabschiedung einer „reinen“ slowakischen Verfassung, die keine Rücksicht auf die föderale Verfassung nahm. Die Delegation der HZDS forderte nach den Wahlen von 1992 in den Koalitionsverhandlungen mit der tschechischen Demokratischen Bürgerpartei (ODS) die volle Souveränität und völkerrechtliche Subjektivität der Slowakei, was faktisch der Forderung nach einer Teilung des Staates gleichkam.<sup>27</sup>

Konfrontiert mit dem Vorgehen der HZDS-Führung konnte die tschechische Seite im Hinblick auf die politische Kräftekonstellation und die drohende Verfassungskrise den Trennungsprozess nicht verhindern. Erst später, als offensichtlich war, dass der Staat geteilt wird, drängte die tschechische politische Repräsentation darauf, dass dies schnell und wenn möglich gewalt- und reibungslos („zivilisiert“) verlaufe.

Die eigentliche Motivation der tschechisch-slowakischen Trennung waren also vor allem die Interessen der aus den Wahlen von 1992 hervorgegangenen slowakischen Machtelite an der Teilung des Staates. Im neuen slowakischen Staat entstanden einige Tausend hoch dotierte Posten in den neu geschaffenen Ministerien, Botschaften, der Zentralbank und anderen Institutionen der Slowakischen Republik, die sich die Protagonisten der HZDS und ihre Koalitionspartner untereinander aufteilen konnten.<sup>28</sup> Ebenso stand auch das gesamte Staatseigentum der Slowakischen Republik zur Verfügung, das privatisiert werden sollte, und das später in der unabhängigen Slowakischen Republik zu einem Bruchteil des realen Preises in den Besitz jener Bürger überging, die aufgrund persönlicher oder politischer Beziehungen der neuen Regierungriege nahe standen.<sup>29</sup> Direkte Verkäufe zu symbolischen Preisen zum

<sup>26</sup> Vodička Karel: Slowakische Republik (Teil II). In: Kipke, Rüdiger, Vodička, Karel: Slowakische Republik. Studien zur politischen Entwicklung, LIT-Verlag, Münster 2000, S. 70 – 186, hier 96.

<sup>27</sup> Vodička Karel: Wie der Koalitionsbeschluss zur Auflösung der ČSFR zustande kam. In: Osteuropa, 44. Jhg., 2/1994, S. 175 ff.

<sup>28</sup> Vodička Karel: Koaliční ujednání: Rozdělíme stát. Volby '92 a jejich důsledky pro československou státnost. In: Kipke, Rüdiger, Vodička, Karel (Hrsg.): Rozloučení s Československem, Český spisovatel, Praha 1993, S. 83 -115, hier 110.

<sup>29</sup> Sopóci Jan: Ekonomické zájmové skupiny v slovenskej politike v 90. rokoch. In: Politologický časopis, Jhg. 8, 2/2001, S. 166-176, hier 174.

Vorteil jener Personen, die einer der drei Parteien der Regierungskoalition nahe standen, waren zur Zeit von Mečiar's Regierungen beinahe die einzige Privatisierungsmethode.<sup>30</sup>

### 3. Und die Folgen der Trennung?

Der Zerfall der Tschechoslowakei war ohne Zweifel ein Verlust für beide Völker und muss den Kosten der Transformation zugerechnet werden. Die negativen politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen trugen beide Nachfolgestaaten.<sup>31</sup> Durch die Teilung der Tschechoslowakei hat sich ihr politisches Gewicht verringert und ihr Prestige hat – zumindest zeitweise – gelitten. Der ohnehin bereits kleine Wirtschaftsraum der Tschechoslowakei schrumpfte für die Tschechische Republik auf 72% und für die Slowakei auf lediglich 28% der ursprünglichen Größe, was Unternehmen in beiden Teilen der Tschechoslowakei Probleme bereitete.<sup>32</sup> Die neue Grenze zwischen den beiden Staaten trennt nicht nur einen natürlich entstandenen Wirtschaftsraum, unterbindet nicht nur den freien Fluss von Waren, Kapital und Arbeitskräften, sondern trennt auch Menschen – nicht selten auch Familien. Die äußere Sicherheit beider Nachfolgestaaten wäre ohne den NATO-Beitritt sehr problematisch.

Besonders schwerwiegende Folgen der Teilung in Form von politischer Instabilität, der Verschärfung ethnischer Konflikte, der Vertiefung wirtschaftlicher Probleme und extrem hoher Arbeitslosigkeit trafen vor allem den kleineren der beiden getrennten „siamesischen Zwillinge“, die Slowakische Republik. Mečiar's Versprechungen, dass eine größere Eigenständigkeit der Slowakei schnell und schmerzlos Wohlstand bringen würde, stellten sich als vollkommen leer heraus. Zu der Mečiar's Regierungszeit in den neunziger Jahren war der Prozess der demokratischen Konsolidierung und marktwirtschaftlichen Reformen gefährdet bzw. ist zum Stillstand gekommen. Direkte Auslandsinvestitionen waren – nicht zuletzt wegen der politischen Unsicherheit – außerordentlich niedrig. Die Privatisierung war misslungen, die Eigentumsverhältnisse unklar, es herrschte ein makroökonomisches Ungleichgewicht, das Bankwesen war gestört, Unternehmen nicht konkurrenzfähig.<sup>33</sup> Diese Faktoren führten zu einer steil ansteigenden Arbeitslosigkeit, die 20% erreichte. Die hohe Zahl der Arbeitslosen belastete das Staatsbudget und führte unter anderem dazu, dass der Zusammenbruch des Sozialsystems drohte.<sup>34</sup> Die Regierungskoalitionen unter Mečiar-Führung 1992-1998 ignorierten demokratische Prinzipien, verstießen gegen die Verfassung und missachteten die Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes der Slowakischen

<sup>30</sup> Mikloš Ivan: Privatizácia. In: Bútorá Martin (Hrsg.): Slovensko 1996. Bratislava 1997, S. 129 -143, hier 129.

<sup>31</sup> Pithart Petr: Konec dobrý, všechno dobré? In: Vodička Karel: Dělení Československa. Deset let poté...“, Praha 2003, S. 317 – 321, hier 320; Rychlík Jan: Rozpad Československa. Česko-slovenské vztahy 1989 – 1992. Academic Electronic Press, Bratislava 2002, S. 335; Stein Eric: Česko-Slovensko. Konflikt, roztržka, rozpad. Akademia, Praha 2000, S. 229; Šujan Ivan 1993: Hospodárske a sociálne dosledky česko-slovenského rozchodu. In: Kipke Rüdiger, Vodička Karel (Hrsg.): Rozloučení s Československem, Český spisovatel, Praha 1993, S. 163 – 172, hier 163; Gál Fedor: Rozpad Československa v politickej perspektíve. In: Kipke/Vodička a.a.O., S. 151 – 162, hier 151.

<sup>32</sup> Šujan Ivan 1993: Hospodárske a sociálne dosledky česko-slovenského rozchodu. In: Kipke, Rüdiger, Vodička, Karel (Hrsg.): Rozloučení s Československem, Český spisovatel, Praha 1993, S. 163 – 172, hier 165.

<sup>33</sup> Regelmäßiger Bericht der EU-Kommission über die Fortschritte der Slowakei auf dem Weg zum Beitritt für 1998, Kap. B - 2. Wirtschaftliche Kriterien; Jakoby Marek, Morvay Karol, Pažitný Peter: Celkový ekonomický vývoj. In: Kollár Miroslav, Mesežnikov Grigorij (Hrsg.): Slovensko 2000. Súhrnná správa o stave spoločnosti, Inštitút pre verejné otázky, Bratislava 2000, S. 437 – 470; Jurzyca Eugen, Jakoby Marek, Pažitný Peter: Celkový ekonomický vývoj. In: Mesežnikov, Grigorij, Ivantýšin Michal (Hrsg.): Slovensko 1998 - 1999, Bratislava 1999, S. 389 – 422.

<sup>34</sup> Vodička Karel: Gefährdete Konsolidierung in der Slowakei. In: Die politische Meinung, 47. Jahrgang, Nr. 387, Februar 2002, S. 85 – 89.

Republik.<sup>35</sup> Die Slowakei wurde nicht gemeinsam mit ihren Nachbarländern in die NATO aufgenommen.

In das Zentrum der politischen Auseinandersetzungen rückte der Kampf um den Charakter des künftigen politischen Regimes. Im Hinblick auf das Wesen der Änderungen, welche die regierende politische Gruppierung mit dem HZDS-Vorsitzenden Mečiar an der Spitze versuchte durchzusetzen, handelte es sich nicht um die gewöhnlichen Konflikte zwischen der Regierung und der Opposition, die nach den allgemein akzeptierten Regeln ausgetragen werden, sondern um das Ringen um diese Regeln selbst.<sup>36</sup> Der Konsolidierungsprozess in der Slowakei war akut gefährdet.<sup>37</sup> Die Machtübernahme durch autoritär orientierte und ultranationale Kräfte und die Etablierung eines autoritären Regimes bliebe nicht ohne Auswirkungen auf den europäischen Integrationsprozess und möglicherweise auch auf die Nachbarländer der Slowakischen Republik.<sup>38</sup>

Die meisten politischen Institutionen befanden sich zwar im Zeitraum 1994 – 1998 in der Defensive, sie wiesen indessen eine zureichende Resistenz aus und ermöglichten freie und relativ faire Wahlen im Jahre 1998.<sup>39</sup> Die Parlamentswahlen aus dem Jahr 1998, die im Zeitraum 1998 – 2002 mit großen Anstrengungen unter der Regierung von Dzurinda durchgeführten Reformen und die Parlamentswahlen von 2002 eröffneten erneut die Türen nach Europa – ermöglichten die Aufnahme der Slowakischen Republik in die Nordatlantische Allianz und (falls der Ratifizierungsprozess erfolgreich verläuft) in die Europäische Union. Das Risiko des Ausschlusses der Slowakei aus der politischen Entwicklung in Mitteleuropa und der Herausbildung eines autoritären Regimes erscheint (zumindest vorläufig) gebannt.

Ob die Teilung der Tschechoslowakei zu verhindern gewesen wäre, ist eine Frage, die nicht beantwortet werden kann, bzw. deren Antwort einen spekulativen Charakter hätte. Positiv kann gewertet werden, dass die Teilung der ČSFR zivilisiert verlaufen ist, dass es gelang, Konflikte bezüglich der Staatsgrenze und der Aufteilung des föderativen Eigentums im Konsens zu lösen. Die Trennung führte auch zur Beruhigung der zuvor häufig zugespitzten tschechisch-slowakischen Beziehungen. Die Tschechen und Slowaken haben ein freundschaftliches Verhältnis zueinander Aufrecht erhalten. Völkerrechtlich endete die ČSFR durch Dismembration, was bedeutet, dass keiner der neu entstandenen Staaten, weder die Tschechische noch die Slowakische Republik, in die Nachfolge des ursprünglichen völkerrechtlichen Subjekts, der Tschechoslowakei, eintrat.<sup>40</sup> Abgesehen vom formalen, völkerrechtlichen Charakter der Teilung, schloss die Tschechische Republik mehr oder weniger kontinuierlich an die Tradition der Tschechoslowakei an, während sich die Slowakische Republik, deren Bürger sich mit der vorangegangenen Tschechoslowakei weitaus weniger identifiziert hatten, in den neunziger Jahren mit der Suche nach einer eigenen Identität auseinandersetzen musste.

<sup>35</sup> Vodička Karel: Das slowakische Verfassungsgericht im Transformationsprozess. In: Boulanger Christian (Hrsg.), *Recht in der Transformation. Rechts- und Verfassungswandel in Mittel- und Osteuropa*. Berliner Debatte, Wissenschaftsverlag, Berlin 2002, S. 193 -214.

<sup>36</sup> Mesežnikov Grigorij: Desat' rokov samostatnej SR: od zápasov za demokraciu k prehlbovaniu reforiem. In: Vodička Karel: *Dělení Československa. Deset let poté...*, Praha 2003, S. 309 – 316, hier 310.

<sup>37</sup> Vodička Karel: Gefährdete Konsolidierung in der Slowakei. In: *Die politische Meinung*, 47. Jahrgang, Nr. 387, Februar 2002, S. 85 – 89.

<sup>38</sup> Pithart Petr: Konec dobrý, všechno dobré? In: Vodička Karel: *Dělení Československa. Deset let poté...*, Praha 2003, S. 317 – 321, hier 317.

<sup>39</sup> Vodička Karel: Ausgang ungewiß: Politische Prozesse und Institutionen in der Slowakei. In: *Osteuropa*, 50 Jhg., 8/2000, S. 902 – 915.

<sup>40</sup> Münch Ingo von, Hoog Günter: Rozdělení československého státu z mezinárodněprávního hlediska. In: Kipke Rüdiger, Vodička Karel: *Rozloučení s Československem, Český spisovatel, Praha 1993, S. 173 – 192.*

Datei: Proj02/texte/Teilung7